

**Antrag 132/I/2019****AG Migration und Vielfalt LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Freiwillige Rückkehr muss freiwillig sein**

1 Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr soll  
2 insgesamt verzichtet werden.

3

4 Daher fordern wir:

5

- 6 • Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr  
7 soll insgesamt verzichtet werden. Stattdessen sol-  
8 len Geflüchtete nur auf persönlicher Ebene und bei  
9 Bedarf und von geschultem Personal über die An-  
10 gebote des Staates zur freiwilligen Rückkehr infor-  
11 miert werden.
- 12 • „StarthilfePlus“ soll abgeschafft werden und es  
13 stattdessen Geflüchteten, die sich für die freiwillige  
14 Rückkehr entschieden haben, freisteht, mindestens  
15 1200 Euro Unterstützung (Inklusive Rückflug) zu be-  
16 kommen, egal zu welchem Zeitpunkt die Entschei-  
17 dung getroffen wird und egal, ob die Entscheidung  
18 während oder nach dem Ende der Verarbeitung des  
19 Asylverfahrens getroffen wurde.
- 20 • Die 500 Millionen Euro, die mit der Abschaffung der  
21 öffentlichen Werbung gespart werden, sollen dafür  
22 genutzt werden, die finanzielle Unterstützung bei  
23 der freiwilligen Rückkehr deutlich zu erhöhen und  
24 um in Integrationsprogramme in Deutschland zu in-  
25 vestieren.
- 26 • Zudem reicht es nicht aus, Starthilfe in Form  
27 von Geld zu geben, vielmehr müssen Strategi-  
28 en zur selbstständigen Unternehmensgründungen  
29 weitergegeben werden. Auch die Option einen Mi-  
30 krokredit aufzunehmen, sobald ein eingereichtes  
31 Konzept vorliegt, sollte den Rückkehrenden ermög-  
32 licht werden. Denn die wirtschaftliche Unabhängig-  
33 keit ist besonders in Krisengebieten von großer Be-  
34 deutung.

35

36 Die freiwillige Rückkehr ist nur sinnvoll und gerecht, wenn  
37 die Entscheidung, zurückzukehren, tatsächlich freiwillig  
38 getroffen wird. Die jetzige Politik des Bundesinnenminis-  
39 teriums garantiert dies nicht. Dies wurde deutlich, als das  
40 Innenministerium im letzten November eine halbe Milli-  
41 on Euro damit verschwendet hat, eine öffentliche Kam-  
42 pagne zum Thema in Auftrag zu geben. Auf Plakaten, die  
43 in fast allen Bahnhöfen in deutschen Großstädten aufge-  
44 hängt wurden, konnte man in großen Buchstaben lesen:  
45 „Dein Land. Deine Zukunft. JETZT!“. In den kleineren Buch-  
46 staben wurde Geflüchtete, die bis Ende des Jahres im Rah-  
47 men der freiwilligen Rückkehr und des neuen Programms

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr soll  
insgesamt verzichtet werden.

Daher fordern wir:

- Auf öffentliche Werbung für die freiwillige Rückkehr  
soll insgesamt verzichtet werden. Stattdessen sol-  
len Geflüchtete **freiwillig auf ihren Wunsch** nur auf  
persönlicher Ebene und bei Bedarf und von geschul-  
tem Personal über die Angebote des Staates zur frei-  
willigen Rückkehr informiert werden.
- „StarthilfePlus“ soll abgeschafft werden und es  
stattdessen Geflüchteten, die sich für die freiwillige  
Rückkehr entschieden haben, freisteht, mindestens  
1200 Euro Unterstützung (Inklusive Rückflug) zu be-  
kommen, egal zu welchem Zeitpunkt die Entschei-  
dung getroffen wird und egal, ob die Entscheidung  
während oder nach dem Ende der Verarbeitung des  
Asylverfahrens getroffen wurde.
- Die **Mittel**, die mit der Abschaffung der öffentlichen  
Werbung gespart werden, sollen dafür genutzt wer-  
den, die finanzielle Unterstützung bei der freiwilli-  
gen Rückkehr deutlich zu erhöhen und um in Inte-  
grationsprogramme in Deutschland zu investieren.
- Zudem reicht es nicht aus, Starthilfe in Form  
von Geld zu geben, vielmehr müssen Strategi-  
en zur selbstständigen Unternehmensgründungen  
weitergegeben werden. Auch die Option einen Mi-  
krokredit aufzunehmen, sobald ein eingereichtes  
Konzept vorliegt, sollte den Rückkehrenden ermög-  
licht werden. Denn die wirtschaftliche Unabhängig-  
keit ist besonders in Krisengebieten von großer Be-  
deutung.

Die freiwillige Rückkehr ist nur sinnvoll und gerecht, wenn  
die Entscheidung, zurückzukehren, tatsächlich freiwillig  
getroffen wird. Die jetzige Politik des Bundesinnenminis-  
teriums garantiert dies nicht. Dies wurde deutlich, als das  
Innenministerium im letzten November eine halbe Milli-  
on Euro damit verschwendet hat, eine öffentliche Kam-  
pagne zum Thema in Auftrag zu geben. Auf Plakaten, die  
in fast allen Bahnhöfen in deutschen Großstädten aufge-  
hängt wurden, konnte man in großen Buchstaben lesen:  
„Dein Land. Deine Zukunft. JETZT!“. In den kleineren Buch-  
staben wurde Geflüchtete, die bis Ende des Jahres im Rah-  
men der freiwilligen Rückkehr und des neuen Programms  
„StarthilfePlus“ ausreisen würden, ein finanzieller Bonus  
versprochen.

48 „StarthilfePlus“ ausreisen würden, ein finanzieller Bonus  
49 versprochen.  
50 Für uns ist eine solch nationalistische und ausländerfeind-  
51 liche Politik auf keinen Fall tragbar.  
52 Das Innenministerium muss sofort aufhören, die freiwil-  
53 lige Rückkehr politisch zu nutzen, um somit die Zahlen  
54 der Ausreise zu vergrößern und einen ausländerfeindli-  
55 chen Teil der Bevölkerung zu beruhigen. Stattdessen soll  
56 es sich um die Menschen kümmern, die hierher geflohen  
57 sind, auf der Suche nach Sicherheit und Freiheit.

Für uns ist eine solch nationalistische und ausländerfeind-  
liche Politik auf keinen Fall tragbar.

Das Innenministerium muss sofort aufhören, die freiwil-  
lige Rückkehr politisch zu nutzen, um somit die Zahlen  
der Ausreise zu vergrößern und einen ausländerfeindli-  
chen Teil der Bevölkerung zu beruhigen. Stattdessen soll  
es sich um die Menschen kümmern, die hierher geflohen  
sind, auf der Suche nach Sicherheit und Freiheit.